Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 6 — Sonnabend, den 7. Februar 1925 — 29. Jahrgang

In Sachen Steinarbeiterverband kontra Baugewerksbund.

Vom ehemaligen Vorsitzenden des Steinsetzerverbandes Alexander Knoll.

Von 1892 bis März 1920 habe ich die Ehre genossen, Vorsitzender des ehemaligen Steinsetzerverbandes gewesen zu sein, also rund 28 Jahre. Da ich auch schon einige Zeit vor meiner Wahl zum Vorsitzenden aktiv in der Steinsetzerbewegung tätig gewesen bin — ich darf für mich in Anspruch nehmen, den Kampf gegen das damals noch blühende Zunftwesen der Steinsetzer am schärfsten und konsequentesten geführt und sehr viel dazu beigetragen zu haben, daß diese Arbeitergruppe in wenigen Jahren zu einer Kerntruppe der Gewerkschaftsbewegung geworden ist — so wird man es mir wohl glauben und zugleich auch verständlich finden, wenn ich sage, daß die seit einem Jahre zwischen den obengenannten Verbänden entbrannte Fehde mir nicht nur keine Freude gemacht hat, sondern mich mit großer Sorge erfüllt. Ich habe immer in dem Steinsetzerverband meine Lebensarbeit erblickt, und man wird mir deshalb auch noch weiter die Berechtigung zuerkennen, am Ausgang dieser Fehde aufs lebhafteste persönlich interessiert und darüber besorgt zu sein. Trotzdem habe ich mich bisher jeder öffentlichen Stellungnahme enthalten. Wenn ich nun heute aus dieser Reserve heraustrete, so geschieht es auch nicht zu dem Zweck, in der Sache Partei zu ergreifen, sondern durch Klarstellung des Tatbestandes, wenn möglich zur Schlichtung des Streits beizutragen und damit das freundschaftliche Verhältnis, das Jahrzehnte hindurch zwischen Steinsetzern und Bauarbeitern sowohl wie zwischen diesen und Steinarbeitern bestanden hat, wieder herzustellen.

Ich unterscheide in diesem Streit zweierlei: Einmal Fragen allgemeiner Natur, d. i. die Frage der Urabstimmung; sodann die Frage: Zu welcher Organisation gehören nach dem Aufhören eines selbständigen Steinsetzerverbandes die in diesem bis dahin organisiert gewesenen Steinsetzerhilfsarbeiter.

Was zunächst die Frage der Urabstimmung betrifft, so handelt es sich hier — darüber dürfte Einmütigkeit bestehen — nicht um eine spezielle Steinsetzer- oder Steinarbeiterfrage, sondern um eine Frage allgemeinen Gewerkschaftsrechtes, um die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, wie es schon in einem früheren Artikel an dieser Stelle m. E. nach zutreffend ausgeführt wurde. Urabstimmung ist ja doch nichts mehr und nichts weniger, als das Mehrheitsprinzip auf die breiteste Grundlage gestellt. Wie es bei jedem Mehrheitsbeschluß Minderheiten gibt, die überstimmt werden, so wird das naturgemäß auch bei Urabstimmungen vorkommen und ist auch im Falle der Steinsetzer geschehen. Wie aber jede Gewerkschaft von ihren Mitgliedern — unter Umständen unter Androhung der Strafe des Ausschlusses — verlangt und verlangen muß, daß auch die in der Minderheit Gebliebenen sich dem Mehrheitsbeschlusse fügen, so ist das selbstverständlich auch bei einer Urabstimmung der Fall. Handelt es sich dabei nicht um eine Lebensfrage der Organisation, so kann sie, aber doch nur sie allein, darüber entscheiden, ob sie die Minderheit von der demokratischen Pflicht der Disziplin entbinden will. Im Falle einer Urabstimmung jedoch, die über das Schicksal der gesamten Organisation endgültig entscheidet, geht das natürlich nicht. Da hat sich jedes Mitglied zu fügen, ganz gleich, wie die Entscheidung ausfällt.

Das ist so einfach und so selbstverständlich, daß darüber eine Diskussion doch wohl kaum möglich ist. Im übrigen hat ja auch der Baugewerksbund seinen eigenen Mitglieder gegenüber stets so gehandelt. Warum sind denn die Leute, die heute den „Bund der Ausgeschlossenn" bilden, aus dem Baugewerksbund ausgeschlossen worden (eine Maßnahme, die ich durchaus billige)? Doch nur, weil sie sich den Mehrheitsbeschlüssen ihrer Organisation nicht gefügt haben, sondern fortgesetzt dagegen handelten! Es ist doch aber auch wohl nicht anzunehmen, daß der Baugewerksbund das Recht, das er gegenüber seinen Mitgliedern in Anspruch nimmt, anderen Organisationen ihren Mitgliedern gegenüber nicht zugestehen wollte! In den Artikeln, die zu der Sache bis jetzt im „Grundstein" erschienen sind, ist diese Frage allerdings noch nicht klar beantwortet worden. Aber ich habe ja wohl nicht nötig, einem Gewerkschaftsblatt wie dem „Grundstein" zu beweisen, daß es die eigene Organisation in der allergefährlichste Lage bringen hieße, wollte es diese Frage anders als mit einem runden und netten „Ja" beantworten.

Damit können wir diesen Gegenstand wohl verlassen und zu der zweiten, speziellen Frage übergehen. Der heutige Baugewerksbund ist zweifellos der Rechtsnachfolger des ehemaligen Bauarbeiterverbandes. Dieser ist 1891 durch Zusammenschluß einer Anzahl lokaler Bauarbeitervereine gebildet worden. In ihrer Uebersicht über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaftsorganisationen für das Jahr 1890, die von der damaligen Generalkommission veröffentlicht wurde, sind die Bauarbeiter noch nicht aufgezählt, es heißt aber in dem Berichte: „Zentralisiert haben sich im Laufe des Jahres (1891) die Bauarbeiter . . ." Erst in der Statistik des folgenden Jahres sind die Bauarbeiter mit 2500 Mitgliedern aufgezählt. Die Steinsetzer, die schon 1890 in der Statistik mit aufgeführt sind, zählten 1891 1941 Mitglieder, waren also der Zahl nach damals sozusagen den Bauarbeitern gegenüber eine „ebenbürtige" Organisation. Sie haben sich allerdings erst im August 1892 den Namen beigelegt: „Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands". Sie haben aber tatsächlich schon vorher in ihren Mitgliedschaften (Lokalverbänden) Hamburg, Wandsbek und Flensburg Ende der 80er Jahre ungelernte Arbeiter als tatsächliche Mitglieder gehabt. Die Namensänderung, die 1892 stattfand, bestätigte also im Grunde genommen nur bereits vorhandene Tatsachen; sie diente nicht dazu, dem Verbande ein völlig neues Agitationsgebiet zu erschließen, wie das später bei manchen Namensänderungen anderer Verbände geschehen sein soll. Die Namensänderung war in diesem Falle eine aus inneren Gründen erfolgte zwingende Notwendigkeit. Denn der Steinsetzerverband konnte sich unmöglich, nachdem er auf der ganzen Linie die Umwandlung in eine Gewerkschaft vollzogen hatte, noch fernerhin „Zentralverband der vereinigten Steinsetzergesellen Deutschlands" nennen. Rechtlich und historisch haben also die Steinsetzer die älteren Ansprüche auf ihre Hilfsarbeiter.

Es darf ferner auch wohl als unbestritten gelten, daß zur Zeit der Gründung des Bauhilfsarbeiterverbandes und wahrscheinlich auch noch eine ganze Reihe von Jahren später dieser Verband nie Steinsetzerhilfsarbeiter in seinen Reihen gezählt hat. Fest steht, daß es zwischen den beiden Verbänden niemals zu irgendwelchen Auseinandersetzungen wegen des beiderseitigen Organisationsgebietes oder gar zu Grenzstreitigkeiten gekommen ist. Das blieb auch noch so, als die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter sich zu einem einheitlichen Verbande verschmolzen. Bei gelegentlichen Gesprächen wurde die Frage einer Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete wohl mal in absolut freundschaftlicher und unverbindlicher Weise gestreift, eine offizielle Auseinandersetzung darüber hat aber, soweit ich mich im Augenblick zu erinnern vermag, niemals stattgefunden. Das war ja auch gar nicht nötig, da sich mit der Zeit ein gewisser modus vivendi sozusagen herausgebildet hatte, dessen Zustandekommen, das darf ich sowohl für mich als für meine ehemaligen Funktionärkollegen behaupten, von uns allen praktisch begünstigt wurde. Dieser Modus bestand darin, daß wir für den Steinsetzerverband die ständigen Steinsetzerhilfsarbeiter in Anspruch nahmen, während wir die nichtständigen und namentlich bei großen Straßenab- oder -auftragungen beschäftigten Hilfsarbeiter (Erdarbeiter) den Bauarbeitern überließen. Wir haben das auch zum Teil durch unsere Lohnpolitik begünstigt, indem wir für diese Arbeiter, obwohl sie nicht selten gar nicht organisiert waren, von vornherein den Bauhilfsarbeitertarif forderten und durchsetzten, damit also zugleich doch auch Werbearbeit für den Bauarbeiterverband verrichteten. Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß dabei beide Organisationen ganz gut gefahren und miteinander ausgekommen sind. Ich sehe aber auch nicht ein, warum das nicht auch in Zuknuft so bleiben kann. Wenn es möglich ist, daß bei gutem Willen in Betrieben der Großindustrie oft ein Dutzend und mehr Organisationen, mitunter solche verschiedener Richtungen, in den Lohnkämpfen miteinander auskommen, so sollte das doch auch wohl unsern beiden Verbänden möglich sein! Und wenn es bisher ein auf freundschaftlicher und halb stillschweigender Vereinbarung beruhender Zustand war, so steht meiner Auffassung nach auch nichts im Wege, daß dieser Zustand in einen vertraglichen verwandelt wird, wenn der Baugewerksbund darauf Wert legt. Ich bin natürlich nicht berechtigt, hier irgendwelche offiziellen Vorschläge zu machen, aber ich glaube doch annehmen zu dürfen, daß mein jetziger Verbandsvorstand gegen eine derartige Regelung nichts einzuwenden haben wird — unter der Voraussetzung natürlich, daß er erhält, worauf er rechtlich und tatsächlich Anspruch hat: die Steinsetzer, Pflasterer, Rammer und ständigen Hilfsarbeiter des Gewerbes. Denn hinsichtlich dieser Gruppen liegt es tatsächlich doch wohl so, wie die „Holzarbeiter-Zeitung" schrieb: Man mag im Baugewerksbund das Ergebnis der Urabstimmung im Steinsetzerverband bedauern, aber für die Frage der Organisationszugehörigkeit dieser Gruppen ist die Urabstimmung die entscheidende Willenserklärung, mit der sich alle, in erster Linie die Beteiligten, erst recht aber die Nichtbeteiligten, abzufinden haben. So schrieb sie wenigstens dem Sinne nach, — und jede andere Regelung wäre ja tatsächlich nicht nur sinnlos, sondern auch eine Gefahr für die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

Zum Schluß noch einige Worte über die Frage: Sind die Steinsetzer und was dazu gehört Tiefbauarbeiter und mithin „Bauarbeiter"? Der allgemeine Sprachgebrauch spricht im Hinblick auf die Produktion des Steinsetzergewerbes von „Straßenbau", wie er auch von einem „Eisenhochbau" oder vom „Schiffsbau" spricht. Von anderer Seite sind an dieser Stelle ja schon drastischere Beispiele angeführt worden, auf die ich aber nicht eingehen will. Wenn das Schwergewicht wirklich auf die sprachliche Seite gelegt werden soll, dann liegt es ja wohl nahe, die Sache vom sprachgeschichtlichen Standpunkte aus zu ergründen. Da finden sich dann aber wirklich keine Beweise für die These, daß die Steinsetzer und Pflasterer Bauarbeiter sind. Im Lateinischen (also Altrömischen) hieß der Straßenbauarbeiter pavimentator, hergeleitet von pavi-ment (Fußboden). Diese Bezeichnung wandelte sich im Altfranzösischen in pavisseur und im modernen Französisch in paveur. Einen andern Entwicklungsgang hat das Wort „Steinsetzer" genommen. Die gepflasterte Straße hieß im Lateinischen pons lapidei (wörtlich übersetzt: Steinbrücke). Diese Bezeichnung findet sich in allen älteren deutschen Stadtrechten, die bekanntlich in Latein abgefaßt waren. Als dann die Stadtrechte in die deutsche Sprache übertragen wurden, übersetzte man die Bezeichnung für Straße wortwörtlich in „Steinbrücke", und so führten Jahrhunderte hindurch die Arbeiter, die beim Bau der Straße tätig waren, den Namen „Steinbrücker"; in Hamburg, überhaupt im ganzen Nordwesten Deutschlands, werden sie im Volksmunde heute noch so genannt. In einigen Teilen Nord- und Mitteldeutschlands wurde, ungefähr im 15. Jahrhundert, eine Ableitung in „Steinsetzer" vollzogen, die wahrscheinlich mit der jetzt beginnenden technischen Arbeitsteilung im Zusammenhang stand. Der frühere sprachliche Zusammenhang mit dem römischen pavimentator hat sich nur in Süd- und Westdeutschland erhalten in der Bezeichnung „Pflasterer". Eigentlich ist aber für die heutige Straßenbautechnik dieser Name nicht mehr zutreffend. „Pflaster" ist im Grunde genommen eine (schlechte) Uebertragung aus dem Lateinischen für Kalk, Mörtel. Die alten römischen Straßen wurden zumeist ja auch in Mörtel verlegt. In der Schweiz bezeichnet man demgemäß noch heute als „Pflasterbuben" die Arbeiter, die auf den Bauten den Kalk und Mörtel heranschaffen. Straßen werden dagegen heute im allgemeinen nicht mehr in „Pflaster", d. h. in Kalk oder Mörtel, verlegt, sondern nur noch in Kies und Sand.

Aber auch im modernen technischen Sinne sind die Steinstraßenarbeiter keine Bauarbeiter, und schon ganz und gar keine Tiefbauarbeiter. Als Beweis dafür darf wohl gelten, daß die Steinsetzereibetriebe samt und sonders hinsichtlich der Unfallversicherung nicht zur Tiefbau-Berufsgenossenschaft, sondern den Bauberufsgenossenschaften angegliedert sind. Auch hier sind sie eigentlich ein Fremdkörper. Der Arbeitgeberverband der Steinsetzer- und Straßenbaubetriebe hat daher jahrzehntelang die Errichtung einer eigenen Berufsgenossenschaft angestrebt, allerdings ohne Erfolg. Wahrscheinlich haben an diesem Mißerfolg die Bauberufsgenossenschaften nicht geringen Anteil, die sich selbstverständlich die Gruppe mit der geringsten Gefahrenquote nicht gern entgehen lassen wollten. Sachlich war das Bestreben der Straßenbauunternehmer immerhin begründet.

Selbstverständlich kann aber auch nicht aus der Tatsache, daß die Steinsetzer nun den Bauberufsgenossenschaften unterstehen, der Schluß hergeleitet werden, daß sie eo ipso Bauarbeiter sind. Hier handelt es sich doch lediglich um eine verwaltungstechnische Ein- oder Zuteilung, die für den Charakter des Gewerbes nicht das geringste beweist. Wenn man das Steinsetzergewerbe nach seiner technischen und rohstofflichen Seite hin gewissenhaft und sorgfältig prüft, so müßte es mit viel größerem Recht der Industrie der Steine und Erden zugeteilt werden. Die Mehrheit der Mitglieder des ehemaligen Steinsetzerverbandes hat also, als sie sich für den Steinarbeiterverband entschied, in dieser Hinsicht instinktiv das Richtige getroffen, da man wohl bezweifeln kann, daß diese Seite der Frage in den Ueberlegungen des einzelnen Mitgliedes eine ausschlaggebenede Rolle gespielt haben.

Wenn man die vorstehenden Darlegungen auf beiden Seiten sachlich und leidenschaftslos würdigt, dann dürfte sich eine loyale Verständigung leicht erzielen lassen. Und wir haben doch wahrlich unerfreuliche Erscheinungen in der Gewerkschaftsbewegung genug, so daß man diese ohne Not nicht vermehren sollte. Ich bin auch überzeugt, daß materiell der Baugewerksbund der Sache keine gar so große Bedeutung beimißt. Dahingegen ist es für die Zukunft der Steinsetzerbewegung eine lebenswichtige Frage, daß sie nicht noch weiter zersplittert wird, als sie ohnehin schon ist.

Damit möchte ich noch ein paar Worte an die Ausführungen Pitschkes im „Grundstein" verwenden, der den Vorwurf erhebt, daß der Steinsetzerverband sich nicht energisch genug gegen die unberechtigten Eingriffe des Gemeindearbeiter-Verbandes gewendet habe. Diese Behauptung trifft absolut daneben. Bis zum Jahre 1914 haben die Auseinandersetzungen zwischen uns und dem genannten Verbande nicht aufgehört. Noch auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden 1911 wurde auf meine Anregung folgende Bestimmung (Absatz 6) in die Resolution zur Regelung von Grenzstreitigkeiten aufgenommen, die dann auf dem Münchner Gewerkschaftskongreß 1914 von neuem übernommen wurde:

> Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betrieb" im Sinne der vorstehenden Bestimmungen. Für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für die eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation zuständig."

Dieser Beschluß ist in anderer Fassung auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß in die Satzungen des A. D. G.-B. übernommen worden; sinngemäß gilt er noch heute. Zum Teil waren diese Auseinandersetzungen recht unerquicklich. Als dann aber im August 1914 die Vorständekonferenz den sogenannten Burgfrieden beschloß, da wurde ausdrücklich erklärt, daß dieser Burgfrieden auch für die internen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften und ganz besonders die Grenzstreitigkeiten gelten solle, also vertagt sein sollten. Kein Mensch konnte damals wissen, daß der Krieg über vier Jahre dauern, und noch weniger, was auf ihn folgen würde. Wer gerecht urteilt, wird zugeben, daß die Nachkriegszeit erst recht nicht geeignet gewesen ist, solche Fragen zu regeln. Diese unglückseligen Zustände sind nun freilich den Verbänden zugute gekommen, die sich vorher unrecht Gut angeeignet haben. Damit ist keine Sanktion dieses Zustandes ausgesprochen. Aber gegen das Argument niedriger Beiträge, wenn es zehn Jahre lang ungestört hat wirken können, [illegible] so langer Zeit bei der geistigen Einstellung mancher Arbeiter leider nicht anzukommen. Solche Gründe liegen aber zum Glück in dem hier behandelten Falle nicht vor. Auch deshalb sollte also eine freundschaftliche Verständigung nicht schwer sein. Sie würde am erfolgreichsten auch einer etwaigen späteren Verständigung auf breiterer Grundlage die Wege ebnen, wenn eine solche jemals in den Bereich des Notwendigen oder Zweckmäßigen rücken sollte.

Berufsberatung.

Das Berufsamt in Harburg (Elbe) sendet uns mit dem Wunsche des Abdrucks den nachstehenden Artikel, der ähnlich bereits im „Grundstein" und „Zimmerer" veröffentlicht wurde. Unsere Verbandsmitglieder werden zweifellos die Bestrebungen des Berufsamts in Harburg unterstützen. In welcher Form sie es können, geht aus dem Artikel selbst hervor:

„Alljährlich verlassen Jungen und Mädchen zu Hunderttausenden die Schule. Ihre Eltern stehen dann vor der bangen Frage: Was soll unser Junge oder Mädchen werden? In unserm verwickelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeiten spielen sich heute hinter hohen Mauern ab; so kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den von ihnen erwählten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, so sind sie vielfach enttäuscht; sie versuchen dann, ihren Lehrplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt, wie oft ein verfehlter Beruf der Beginn einer verfehlten Lebensführung ist, wird mir jeder bestätigen, der einmal ernsthaft über diese Dinge oder auch seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier in der Schule wird Berufsberatung helfen. Schon in der Schule wird im sogenannten berufskundlichen Unterricht versucht, den Jungen und Mädchen einen Ueberblick über die Arbeit und deren Vielseitigkeit zu geben. Berufsfilme bilden eine wertvolle Ergänzung dieses Unterrichts. Sodann führt die Berufsberatungsstelle im letzten Schuljahr die zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen durch heimische Betriebe und Werkstätten. Dadurch erhalten die Kinder einen Einblick in die Arbeit: sie sind dadurch ganz anders als früher für die Berufswahl vorbereitet.

Mit der Aufklärung der Kinder ist es nun aber allein nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Ueberblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt Harburg alljährlich im Herbst Elternabende, wo Fachleute über die Anforderungen und Aussichten in den verschiedensten Berufen und Arbeitsarten sprechen. Lichtbilder unterstützen diese Vortragsabende, ebenso Berufsbesprechungen in den Zeitungen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen dann die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatungsstelle. Gemeinsam werden mit dem Berufsberater noch einmal die Gründe des Jungen für seinen Berufswunsch besprochen, auch wird der Junge ärztlich untersucht. Wenn dann in einer besonderen Eignungsprüfung, die in den meisten größeren Berufsämtern vorgenommen wird, die Eignung für den erwählten Beruf festgestellt ist, erhält der Junge durch das Amt eine passende Lehrstelle.

Oft wollen die Jungen einen Beruf erlernen oder an einen Arbeitsplatz gehen, für den sie sich nicht eignen. So ist es unsinnig, wenn ein tuberkulöser Junge Friseur, ein farbenblinder Schüler Maler, ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule Kaufmann, ein geistig begabter Junge ungelernter Arbeiter werden möchte. Jeder Volksschüler gehört eben in einen Beruf, in den er seinen Geistesgaben und seiner körperlichen Verfassung nach gehört, in dem er sich entwickeln kann. Das Berufsamt selbst aber kann nur dann zum Wohle der Jugend und zum Nutzen aller arbeiten, wenn jeder einzelne dazu beiträgt. Auch jeder Leser dieser Zeilen

kann diese Arbeit fördern, wenn er einmal nach reiflicher Ueberlegung seine Stellungnahme zur Berufs- und Arbeitsfrage kundtun würde. Das haben auf unsere Bitte hin in Hatburg auch schon viele Gewerbeschüler, Arbeiter, Angestellte und Handwerker getan. Solche Auskünfte sind dem Berufsberater von großem Nutzen. Denn er kann Vätern und Müttern über die viele Berufe und Arbeitsarten nur dann eine erschöpfende und sichere Auskunft geben, wenn er genau unterrichtet ist. Deshalb richte ich an alle Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter die Bitte, soweit sie dazu in der Lage sind und bei dem guten Werke mithelfen wollen, möglichst eingehend schriftlich die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welchen Beruf erlernten Sie?
2. Wie viele Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie die Frage mit „Nein" beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Lichtseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Berufe, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

Jeder, der diese Fragen einwandfrei, wahrheitsgemäß und erschöpfend beantwortet, hilft der so wichtigen Berufsberatung ein Stück weiter. Alle Auskünfte bitte ich zu richten an das Berufsberatungsamt zu Harburg a. d. E., Brückenstr. 17. Dieses Berufsamt wird dafür sorgen, daß das eingehende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen übermittelt wird. Ich bitte nochmals um rege Beteiligung an der Beantwortung der von mir gestellten Fragen. Vielleicht organisieren die Verbandszahlstellen die Sache in der Weise, daß sie einzelne befähigte Kollegen alle für den Steinarbeiterverband in Betracht kommenden Berufe mit der Beantwortung der Fragen beauftragen. Dadurch käme, wenn auch nicht gerade besonders zahlreiches, so doch aber gutes Material zusammen."

Hermann Bues, Harburg.

Die Entwicklung des Produktionsapparates und der Produktionsmethoden seit dem Kriege.

Wir entnehmen einer längeren Abhandlung des Herausgebers der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz", Dr. A. Halasi, die unter dem Titel „Die neuen Tendenzen der Produktion nach dem Kriege" in den letzten zwei Heften der Zeitschrift „Die internationale Gewerkschaftsbewegung" erschien, folgende Ausführungen über die Entwicklung des Produktionsapparates und die Produktionsmethoden seit dem Krieg:

Wie hat sich der Produktionsapparat, weltwirtschaftlich betrachtet, seit dem Kriege verändert? Er ist heute jedenfalls viel größer als vor dem Kriege. Im Kriege selbst wurde der Produktionsapparat überall erweitert. Für Amerika und für die Neutralen versteht sich dies von selbst, da sie neben der Besorgung ihrer Bedürfnisse im alten Maßstab auch als Kriegslieferanten auftraten. Selbst in den kriegführenden Staaten mußte aber die Produktion erweitert werden, wenn auch die Errichtung der Neuanlagen hauptsächlich auf Zwecke der Kriegsführung abzielte. Die Hochkonjunktur nach dem Kriege hat ebenfalls Betriebserweiterungen größten Umfangs ausgelöst. Es gehört zum Wesen der Hochkonjunktur, daß sie die Kapitalisten zu übermäßigen Betriebserweiterungen veranlaßt, und zwar aus einer Anzahl von Gründen, von denen die Hoffnung auf die Beständigkeit der Konjunktur und die dank der Kapitalskonzentration sehr gewachsene Akkumulationsrate des Kapitals zu erwähnen sind. In Deutschland und in Frankreich haben noch besondere Momente zur Erweiterung des Produktionsapparats geführt. In Deutschland, wo die Konjunktur infolge der Geldentwertung bis 1923, das Jahr der Ruhrbesetzung und der vollkommenen Währungszerrüttung, andauerte, hat sich das Kapital in Sachwerte geflüchtet, und seine riesigen Einnahmen wie auch die berüchtigten, ihm von Staats wegen geschenkten Kredite zum Teil zum Ausbau seiner Fabrikanlagen benutzt. In Frankreich dagegen wurde der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zum Anlaß für die Erweiterung der Produktion; die dort errichteten neuen Fabriken wurden in der Regel in größerem Umfange wiederhergestellt, als sie vor dem Kriege bestanden. Ist demzufolge der Produktionsapparat Europas heute größer als er vor dem Kriege war, so fragt sich doch, ob er auch besser ist. Darunter kann man sowohl die Ausrüstung der Betriebe mit Maschinen, wie auch die Methoden der Produktion, ihre bessere Organisierung im Verhältnis zur Vorkriegszeit, verstehen. Diese Frage läßt sich nicht einheitlich beantworten. Zunächst einmal hat die seit dem Kriege so mächtig entwickelte Betriebskonzentration nicht unbedingt zur Verbesserung der maschinellen Ausrüstung, aber auch nicht unbedingt zur verbesserten Produktionsmethode geführt. Dabei sollen die günstigen Wirkungen der Vertrustung, insbesondere der vertikalen Konzentration, auf die Produktion keineswegs verkannt werden. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Vertrustungsprozeß in manchen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, die Grenzen der bestmöglichen Ausnutzung der Anlagen überschritten hat. Nach den Feststellungen des amerikanischen Komitees für industrielle Forschung pflegen die Riesentrusts in der Regel konservativ zu werden, sind nicht mehr so beweglich wie andre Großbetriebe, und die zentrale Leitung und Zusammenfassung solcher Mammuttrusts gestaltet sich immer schwieriger. Was die während der Inflationszeit in Deutschland entstandenen Trusts anbelangt, so läßt sich von ihnen wohl sagen, daß sie zum Teil keine organisatorischen Einheiten darstellen. Während der Geldentwertung wurden Betriebe vielfach auch ohne planmäßigen organisatorischen Aufbau einfach nur aufgekauft und stellen nur in bezug auf den Besitzer eine einzige Unternehmung dar. Es läßt sich sogar feststellen, daß in Deutschland die Inflationszeit der technischen Verbesserung der Betriebe sehr wenig günstig war. Es wurden zwar, wie oben erwähnt, Betriebe erweitert, neue hinzugebaut, doch wurde darüber die technische und organisatorische Vervollkommnung vernachlässigt. Solange der Warenabsatz dank der Geldentwertung und der billigen Produktionskosten ungehindert vor sich gehen konnte, hatten die Unternehmer keinen Anreiz, die Betriebe technisch auf der Höhe zu halten oder gar zu verbessern. Dagegen ging der Konzentrationsprozeß in England, indem er vielfach eine Rückwirkung des deutschen Valutadumping war, mit dem technischen Ausbau einher. Die Verbilligung der Produktion mußte auch von dieser Seite her angestrebt werden, wenn es auch in erster Linie Lohnherabsetzungen waren, die zur Verbilligung der Produktionskosten während der Wirtschaftskrise herhalten mußten. In Frankreich hat der Wiederaufbau, indem die Betriebe ganz neu errichtet werden mußten, zu Verbesserungen des technischen Apparats geführt, da die neuen Betriebe mit den modernsten Maschinen ausgerüstet wurden. Inwiefern sich die Produktionsmethoden in bezug auf die bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte entwickelt haben, dafür fehlen uns sichere Anhaltspunkte. Wir denken dabei an die Arbeitssysteme von Taylor, Ford, Fayol und an die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf diesem Gebiete. Im großen und ganzen muß man annehmen, daß in dieser Beziehung Fortschritte gemacht wurden. Zweifellos gehören auch die Fortschritte der Sozialpolitik (Achtstundentag) zu dieser Kategorie, indem sie die Schonung und dadurch die bessere Verwertung der Arbeitskraft ermöglichten. Hier gab es nach dem Kriege Schwierigkeiten auch deshalb zu überwinden, weil die Arbeiter weniger leistungsfähig, beziehungsweise der Arbeit entwöhnt waren. Diese Kriegswirkungen sind heute bereits zum größten Teil überwunden; die auf den Kopf entfallende Leistungsquote hat fast überall und in fast allen Industriezweigen den Vorkriegsstand erreicht. Bestrebungen nach Standardisierung der industriellen Produktion, nach Herstellung von typisierten Waren, die an Stelle der gegenwärtigen kostspieligen Mannigfaltigkeit eine Vereinfachung der Produktion ermöglichen, sind zwar in manchen Ländern vorhanden, zumeist aber nur in Ansätzen und mehr als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung als praktischer Betätigung. Die gewaltigen Erfolge Henry Fords in der Automobilindustrie seien an dieser Stelle erwähnt; er erreicht sie zum Teil dank der Herstellung von Standardprodukten.

Wer trägt den Schutzzoll für Getreide?

D. L. V. Die Anhänger des Schutzzolls für Getreide bemühen sich bekanntlich, der Masse einzureden, die Getreidezölle würden zum größten Teil vom Ausland getragen und hätten deshalb keine preissteigernde Wirkung im Inlande. Wie unwahr diese Behauptung ist, beweist uns eine Feststellung, die Otto Schweizer in einem Aufsatz trifft, den er unter der Ueberschrift „Gewerkschaften und Zollfragen" in Nr. 6 der Zeitschrift „Arbeit und Beruf" abdrucken läßt. Er schreibt:

„Wäre der Einwand richtig, so hätte die Einführung der Getreidezölle überhaupt keinen Zweck, weil ja dann der von den Interessenten verlangte Schutz gegen die Konkurrenz des ausländischen Getreides nicht in die Erscheinung treten könnte. Die Erfahrungen der Vorkriegszeit lehren aber, daß tatsächlich nicht das Ausland den Zoll trägt, sondern daß er fast in voller Höhe in den inländischen Getreidepreisen enthalten ist. Der Unterschied zwischen dem Preis für je 100 Kilogramm verzollten und unverzollten Weizen betrug bei einem Zollsatz von 5,50 Mk.:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
4,57	4,96	4,41	4,63	5,07	4,37	4,47	3,60

Für Roggen, bei dem der Zollsatz 5 Mk. für 100 Kilogramm betrug, sind die entsprechenden Zahlen:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
4,86	4,66	3,58	3,62	4,32	4,45	4,68	4,47

Diese Zahlen beweisen, daß in der Vorkriegszeit tatsächlich die Getreidezölle fast in voller Höhe in den inländischen Getreidepreisen zur Auswirkung gekommen sind. Es ist nicht einzusehen, weshalb bei der Wiedereinführung der Getreidezölle sich heute ein anderes Bild ergeben sollte. Da nach der von der Reichsregierung für die Beratungen der internationalen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschrift „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen" im Wirtschaftshalbjahr 1922/1923 in Deutschland 2 930 000 Tonnen Weizen und 5 662 000 Tonnen Roggen konsumiert wurden, würde sich, wenn man die aus vorstehender Aufstellung zu errechnenden Durchschnittszahlen von 73 Prozent des Weizen- und 84,6 Prozent des Roggenzolles zugrunde legt, um die die inländischen Getreidepreise durch die Einführung der Vorkriegsgetreidezölle steigen würden, und wenn man außerdem annimmt, daß der Getreideverbrauch der gleiche bliebe wie im Wirtschaftsjahr 1922 bis 1923, eine Belastung der deutschen Verbraucherschaft von 117,64 Millionen Mark jährlich durch den Weizen- und 239,50 Millionen Mark jährlich durch den Roggenzoll ergeben. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß der Verbrauch des Jahres 1922/1923 mit 91,9 Kilogramm Roggen und 47,6 Kilogramm Weizen auf den Kopf der Bevölkerung viel zu gering war, und annimmt, daß auf die Dauer der Verbrauch wieder die Höhe des Jahres 1913/1914 mit 153,1 Kilogramm Roggen und 95,8 Kilogramm Weizen auf den Kopf der Bevölkerung erreichen wird, so kommt man zu einer Gesamtbelastung von 734,45 Millionen Mk."

Das ist eine sehr deutliche Widerlegung. Sie muß jedem, der bisher den Schutzzollwünschen unentschlossen gegenüberstand zu ernstem Nachdenken Veranlassung geben. Eine Mehrbelastung der verbrauchenden Bevölkerung in der Höhe von 734,45 Millionen Mark kann nicht ohne Auswirkungen bleiben. Sie muß zu einer Verteuerung der Lebenshaltung, zu neuen Lohnforderungen und damit zu einer Steigerung der Preise für alle Erzeugnisse führen. Verteuerung der Erzeugnisse bedeutet aber Einschränkung unserer Exportfähigkeit und in Verbindung damit Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Wiegen die der Landwirtschaft zugute kommenden Vorteile solche Ereignisse auf? Wir behaupten, daß das nicht der Fall ist.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik in **Raumünzach** (Betrieb Trentini). In **Bielefeld** bei den Firmen: Neumann u. Tremme, Stern, Greiner.

Gesperrt. In **Detmold** und **Hiddesen** die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In **Karlsruhe** die Grabmalgeschäfte: Albert Mürnser, Konrad u. Fürter, Steiner u. Giltlinger, Hugo Kromer, Andr. Klennert, Wilhelm Mußberger. — In **Eschershausen** die Kalk- und Dolomitbetriebe und Steinhauereien der Firmen Hartmann, Dräger, Hils. — Nach **Baumholder** in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zuzug fernhalten. Außer den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind, aus dem **Ruhrkohlen-Sandsteingebiet.** — Von **Sangerhausen** (C. Lehmann und K. Staab). — Vom Steinbruchsgebiet **Hasserode** im Harz. — Von den Pflastersteinbetrieben in **Seebach** (Baden) und Umgebung, weil die Unternehmer über neue Akkordsätze nicht verhandeln wollen. — Die Steinsetz-Firma Hermann Schramm-Köslin beabsichtigt nur, mit unorganisierten Steinsetzern ihre Arbeiten fertigzustellen.

Erledigte Bewegungen. Aussperrung in Offenbach, für die beteiligten Kollegen mit Erfolg. — Streik in **Gudensberg** bei der Fa. Wegener. —

*

Reichsarbeitsvertrag für Werkstein, Grabmal und Marmor. Zum 16. Februar ist eine Verhandlung vom Steinindustrie-Verband anberaumt zum event. Neuabschluß des Vertrags. Die Arbeitszeitfrage ist dabei das wichtigste.

*

Baumholder. Der berühmte Dr.-Ing. Herr Paul Burger hat seinem Ruhmeskranz ein neues Blatt hinzugefügt. Er hat seine Arbeiter, 27 an der Zahl, fristlos entlassen. Behalten hat er nur die „zahlreichen Steinarbeiter" aus allen Gegenden Deutschlands — insgesamt 2 Mann. Herr Burger schützt Arbeitsmangel vor. Die Spatzen von den Dächern pfeifen etwas anderes. Die Entlassenen sind gar nicht bös, stellen sie sich durch Empfang der Erwerbslosenunterstützung doch kaum schlechter, was sie auch offen aussprechen.

Einige Worte zur Berichtigung Burgers in Nr. 52 des Steinarbeiters sind noch nachträglich angebracht: Den alten Kollegen, die vielleicht lange vor dem Kriege den Betrieb Burger kannten, schweben dabei die damaligen Zustände vor Augen, die immer noch einigermaßen erträglich waren. Rein geschäftlich herrschte reges Leben. 15, 20, auch 25 Steinmetzen, dazu die nötigen Schleifer usw. bevölkerten den Betrieb. Hochwertige Qualitätsarbeit wurde hergestellt.

Bei Einsendung seiner Erwiderung beschäftigte Burger ganze 3 Steinmetzen; und diese fast ausschließlich mit Nacharbeit an gespitzten Denkmälern, die er aus dem Odenwald bezieht. Dasselbe gilt für die Schleifer. Platten, Hügelflächen, selten ein allseits poliertes Denkmal. Burger ist auch schwerlich imstande, durch seine Betriebsverhältnisse, soweit die Arbeiter dabei in Betracht kommen,

Ein Veteran und Jubilar.

Auf dem Verbandstag der Steinsetzer, der vom 4. bis 6 Februar 1900 in Berlin tagte, wurde der Kollege August Scholtz als Verbandskassierer gewählt. Er hat dieses Amt bekleidet bis zum Anschluß der Steinsetzer an den Steinarbeiterverband und ist auch jetzt als Beitragskassierer im nunmehr gemeinsamen Berliner Ortsbureau tätig, kann also in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit als Kassierer zurückblicken.

August Scholtz hat in diesen 25 Jahren all die Freuden und Leiden erfahren, die der Kassierer einer Organisation in einer so langen Zeit überhaupt erleben kann. Er hat den Aufstieg seines ehemaligen Berufsverbands tätig miterlebt und mitgemacht, hat den Verband in der Zeit seiner Blüte und größter Machtentfaltung mitgeleitet und hat auch treu auf seinem Posten ausgeharrt in der Zeit der schlimmsten Inflation, als der Posten eines Kassierer nur noch ein „Charakter" und kein Amt mehrwar, weil es wirkliches Geld ja nicht mehr zu „kassieren" gab. Und nun, nachdem wir in Deutschland wieder ehrliches Geld haben, und der Begriff der „Kasse" kein leerer Schall mehr ist, waltet August Scholtz wiederum als treuer und gewissenhafter Kassenwart seines Amtes in der gemeinsamen Organisation. Denn das Zeugnis muß unserm alten August Scholtz ausgestellt werden: ein peinlich gewissenhafterer und ehrlicherer Kassenwart als er ist nicht denkbar — ein Kassenmensch mit allen Tugenden und Schwächen eines solchen. Er war stets und ist auch wohl noch heute der richtige „Cerberus" und wehe dem, der an sein Heiligtum, an den heiligen Gral der Kasse heranwollte! Wie manchen Kampf habe ich in den Jahren unsres Zusammenarbeitens mit ihm ausfechten müssen, wenn es galt, einmal größere Mittel für irgendwelche gewerkschaftliche Unternehmungen auf lange Sicht bereitzustellen! Wenn er dann doch im Vorstand überstimmt wurde und das Geld herausrücken mußte, dann war es, als ob er ein Stück seines Selbst hergeben mußte. Wie freute er sich dagegen, wenn er melden konnte, daß das Verbandsvermögen wieder um 10 000 Mark angewachsen sei. Allzu zahlreich sind die Zehntausende im Verband der Steinsetzer ja niemals geworden, dafür sorgten schon die allezeit recht kampflustigen, aber auch kampferprobten Mitglieder des Verbands und der hartnäckige Widerstand der Unternehmer, der heute im ganzen doch etwas mürber geworden ist.

Aber unser August Scholtz hat nicht bloß als Kassierer seine Schuldigkeit getan: Er gehört auch zu denjenigen Berliner Steinsetzern, die noch mitten in der ehemaligen Zunftbewegung gestanden haben. Er wurde 1880 zünftig losgesprochen, ist also seit 45 Jahren gewerkschaftlich organisiert. Er hat in seinen jungen Gesellenjahren den Kampf gegen die Zunft, für die moderne Gewerkschaftsidee, tatkräftig mitgeführt. Er gehörte mit zu den „Jungen", über deren Wirken in der ehemaligen Berliner Steinsetzergesellenschaft Näheres nachzulesen ist in meiner Geschichte der Berliner Steinsetzergesellenschaft. Die Zahl derjenigen, die diese Kämpfe tätig miterlebt haben, ist nicht mehr allzu groß; die meisten davon deckt nun schon der kühle Rasen.

Nachdem dieser Kampf zugunsten des Gewerkschaftsgedankens entschieden und unser August „wohlbestallter" Kassierer geworden war, ist er in der Bewegung nicht mehr so aktiv wie in seinen jüngeren Jahren hervorgetreten. Aber seine Verbandskollegen haben immer gewußt, was sie an ihrem August Scholtz hatten, und auf allen Verbandstagen der Steinsetzer wurden seine Leistungen dankbar anerkannt.

Nun sind wir beide schon alt und grau geworden, lieber August, und jeder von uns arbeitet in seinen alten Tagen auf einer andern „Baustelle". Das Schicksal hat uns getrennt. Aber wenn Du am Tage Deines 25jährigen Kassiererjubiläums auf Dein und unser gemeinsames Wirken zurückblickst, dann kannst auch Du mit berechtigtem Stolz sagen:

„Es ist doch nicht vergeblich gewesen!"

Und nun, lieber August: noch einmal 25 werden es ja wohl nicht mehr werden, aber einige Jährchen wollen wir uns doch noch vornehmen, nicht wahr? In diesem Sinne die herzlichsten Glückwünsche

Dein alter Kampfgenosse Alexander Knoll.

*

Dem Gückwunsch schließt sich die Gesamtleitung des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands an.

*

Der Kollege A. Knoll hat dem Jubilar in launigem Reim und recht kameradschaftlich als alter Zunftkollege und Kampfgenosse seine Glückwünsche übermittelt, die wir nachstehend zum Abdruck bringen. Wir wissen, daß nicht nur die Steinsetzer-, Pflasterer- und Rammerkollegen es gern lesen, sondern zweifellos die Gesamt-Mitgliedschaft:

* * *

August Scholtz zu seinem 25jährigen Jubiläum als Kassierer.

Wie doch die Zeit entschwindet und vergeht!
Du ahnst es kaum, ist sie dahingeweht.
Erst dann, wenn dich bedrückt der Jahre Last,
Merkst du, daß du dich nicht „versteinacht" hast. —
Und nun die andern gar, die dich nicht täglich sehen,
Die können meist erst recht es nicht verstehen,
Daß du an „Weiß"—heit, Alter zugenommen
Und längst bist „aus dem Schneider rausgekommen".
So wandelt jeder seinen Trott auf dieser Erden
Und „wundert" sich, daß auch die andern älter werden.
Auch ich, kaum wollt' ich meinen Augen trau'n —
Guckt im Verbandstagsprotokoll erst einmal schau'n —
Daß schon ein Viertelhundertjahr dahingeflossen,
Seit in Berlin einst die Verbandsgenossen
Zu ihrem Finanzminister dich erkoren —
Ein Amt, für das du geradezu geboren!
Denn treu und redlich hast du seiner stets gewaltet
Nie ist dein Eifer, deine Sorge je erkaltet!
Weh' dem, der jemals etwas von dir haben wollte!
Wie da dein Herz sich krampft', dein Auge zornig rollte.
Denn stets warst du bedacht, den Mammon zu vermehren,
Daß der Verband sich allzeit konnte tüchtig wehren —
Zumal sein Motto immer war und blieb:
„Die beste Abwehr ist und bleibt der Hieb!"
Hast aber sonst auch leidlich deinen Mann gestanden.
Weißt du es noch, als wir uns einst zusammenfanden?
Ist nun schon bald an 40 Jahre her:
Wie rangen wir doch oftmals hart und schwer!
Es galt, den alten Zunftgeist aufzuheben,
Die alte Zunft mit neuem Geiste zu beleben —
Wie wir, trotz mancher Niederlage nie erschlafft
Und endlich, endlich wir die Sache doch geschafft ....
Denk' ich an jene fernen Tage heut' zurück,
Beschleicht mich manchmal ein Gefühl von stillem Glück.
Und schaust heut' du zurück auf diese Tage deines Lebens,
Kannst du mit Stolz von dir auch sagen: Es war nicht vergebens!
Drum lieber August, hab' ich heut' an dich gedacht.
Zwar hast du mir's nicht immer leicht gemacht,
Wenn wir nicht eines Sinnes waren —
Du stets nur wolltest sparen, sparen ....
Doch weiß ich ja, es war dir nur um den Verband,
Drum reich' auch heut' ich dir die Freundeshand
Und bringe dir als Freund, Veteran und Jubilar
Zu deinem Ehrentage meine besten Wünsche dar!

auch nur ein größeres Denkmal zu übernehmen. Er hat sogar seine „Berichtigung" im „Steinarbeiter" auch in seinem Werk anschlagen lassen. Den Passus von garantiertem Stundenlohn (Steinmetz 67, Schleifer 55 Pfg.) wohlweislich verschwiegen. (!) Treibt aber sonst mit seiner Berichtigung einfach Geschäftsreklame. Wir fragen, ob es unwahr ist, daß verheiratete Schleifer in der Weihnachts- und Neujahrswoche mit sage und schreibe 10 Mark Lohn ausgezahlt wurden! Der eine erst noch durch Bitten und Tränen 5 Mark gespendet bekam! Wir fragen weiter, ob es unwahr ist, daß Wochenlöhne von 16 bis 18 Mark häufig vorgekommen sind? Auf das Geschreibsel von Logis zu 2 Mk. pro Tag, ist wohl nichts zu sagen. Dies war Mindestpreis bereits 1913. Und heute sind sämtliche Gebrauchsartikel auch hier durchweg 80 bis 100 Prozent höher. Vielleicht hatte der eine oder andere Kostgeber einmal Mitleid mit einem Burgerschen Großverdiener. Es sind mindestens drei- oder viermal Zugereiste zur Bürgermeisterei gekommen und haben gebittet und gebettelt, um Geld zur Heimreise zu bekommen. Wenn Burger zum Schluß mit seinen modernen Einrichtungen renommiert, so bleibt nichts davon übrig als der elektrische Kran, ein Ueberbleibsel aus der eingangs geschilderten Zeit. Oder denkt Herr Burger bei seinem Preßluftschlauch an die 20 Prozent Abzug für Benützung, als „Moderne Einrichtung"? Oder hält er die ominöse Kontrolluhr für eine erleichternde moderne Einrichtung. Erleichtern tut sie allerdings, aber meistens die Taschen der Arbeiter, die einige Minuten zu spät kommen. Alles in allem, es gibt kaum noch einen solchen Betrieb, der die Tagesleistung der Arbeiter so zur Qual macht, wie der Betrieb in Baumholder mit seinen „modernen Einrichtungen."

Hoffen wir, daß die entlassenen Arbeiter alle anderweitig unterkommen. Den fremden Kollegen rufen wir jedoch aufs neue zu:

„Meidet diesen Betrieb, in dem kein organisierter Kollege tätig sein darf, bis andere Zustände dort herrschen."

Steinarbeiter.

Sparneck. Die auf Sonntag den 18. Januar, einberufene Mitgliederversammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet und folgende Punkte zur Tagesordnung gebracht: 1. Rechnungsabhör. 2. Konferenzbericht. 3. Neuwahl. 4. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, zu Ehren des verstorbenen Kollegen Hans Popp sich zu erheben. Dann wurde die Abrechnung bekanntgegeben, sie wurde für gut befunden. Zu Punkt 2 gab Koll. Naithel einen kurzen Bericht; betonte darin, hauptsächlich bei der Werkzeugfrage, daß eine Vergütung für sparsamen Werkzeugverbrauch strikte zurückzuweisen ist, bemängelte dabei auch das seltene Abhalten von Versammlungen. Hierauf setzt eine lebhafte Debatte über den flauen Versammlungsbesuch ein, schließlich wurden sich die Kollegen dahin einig, daß denjenigen Kollegen, die nicht die Hälfte der Versammlungen besuchen, die Krankenunterstützung verweigert wird! Denn erst gibt es Pflichten und dann erst Rechte. (Anmerkung der Redaktion. Soviel auch wir wünschen, daß der Versammlungsschwänzerei zu Leibe gegangen wird, müssen wir dennoch auf das Falsche des Beschlusses hinweisen, denn die Unterstützungsrechte aus der Hauptkasse werden auf Grund der Beitragszahlung erworben. Etwas anders ist es, wenn örtliche Einrichtungen bestehen, deren Nutznießung ausdrücklich vom regelmäßigen Versammlungsbesuch abhängig gemacht wurde oder wird.) Ferner wurde auch der Hilfsarbeiter Heinrich Müller wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen. — Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Heinrich Rußner, 2. Vorsitzender Hans Schwab, Kassierer Georg Bückheit, Schriftführer Heinrich Naithel, Revisoren: Johann Käppel und Karl Jahreis. Weitere Anträge waren ohne Belang und so schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kappelrodeck. Am 18. d. M. hielt auch die hiesige Zahlstelle die übliche Jahresversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Lohnverhandlung der Werksteingruppe, erstattete Hans Fuchs Bericht und stellte den Kollegen anheim, das getroffene Abkommen anzunehmen oder abzulehnen. Die kleine Aufbesserung, die nur mit der größten Schlagfertigkeit errungen wurde, wiesen die Kollegen nicht zurück, infolgedessen wurde das erzielte Lohnabkommen einstimmig angenommen. Zum 2. Punkt gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde; hierauf wurde dem langjährigen Kassierer für seine mustergültige Kassenführung Entlastung erteilt. Dem örtlichen Gesamtvorstand wurde für seine opferwillige Tätigkeit das Vertrauen einstimmig ausgesprochen; auch wiedergewählt. — Kollege Hans Fuchs streifte unter anderm in kurzen Worten die Regierungsbildung und bedauerte, daß dadurch sämtliche Kollegen für die Zukunft schwer darunter leiden werden, denn diese Rechtsregierung wird vor allem in den Lohnstreitfragen keine Schlichter aufstellen usw., deshalb richtete Hans Fuchs an alle Kollegen das dringende Ersuchen, die Versammlungen fleißiger zu besuchen, als bisher, da er sich sonst leider veranlaßt fühle, auch nicht gar so schnell für die Kollegen einzuspringen, denn er sieht absolut nicht ein, daß zuerst der Vorsitzende seine volle Pflicht ganz erfüllen und dauernd vor leeren Tischen reden soll. Wenn die Kollegen es nicht einmal für notwendig halten, vollzählig die Versammlungen zu besuchen, werden sie es noch in absehbarer Zeit am eignen Leibe zu spüren bekommen. Die Versammlung schloß mit dem einstimmigen Beschluß, einen Stundenlohn pro Woche dem Verbande restlos abzuführen, damit der Verband für die wohl nicht ausbleibende Unternehmeroffensive gerüstet ist.

Flossenbürg. Sonntag, den 18. Januar, fand im Gasthof zum Schloßberg eine Versammlung statt, die ziemlich gut besucht war. Die Ursache war, unsre durch die Inflation und Arbeitslosigkeit stark zusammengeschmolzene Zahlstelle wieder aufzurichten und zu neuem Leben zu bringen. Die Tagesordnung lautete: Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung — Neuwahl — Verschiedenes. Zum Punkt 1 legte Kollege Karl Wirth aus Floß in längerer, wirklich vortrefflicher Ausführung den Anwesenden klar, daß nur durch den Zusammenschluß aller etwas erreicht werden könne, und daß uns Einigkeit dringend not tue. Dann wurde Kollege Wilhelm Hößl als Vorsitzender und Kollege Friedrich Bock als Kassierer gewählt. Im Punkt „Verschiedenes" ergriff Kollege Ludwig Schwärzerl das Wort. Auch ihn lohnte reicher Beifall. Die Anwesenden erklärten, soweit sie nicht bereits Mitglieder waren, sofort dem Steinarbeiterverbande beizutreten. Wir haben somit wieder eine stattliche Anzahl von Kollegen in unsern Reihen. Besonders bemerkenswert ist das Verhalten einiger alter Kollegen der Firma Jakob (Werkplatz Bahnhof), die trotz der schlechten Zeiten den Verband hochhielten. Hut ab vor ihnen! Mit einem Anvell, speziell an die jüngeren Kollegen, sich einzuarbeiten in die Materie des Werksteintarifs, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Kamenz. Am 18. 1. 25 hielt die Zahlstelle Kamenz ihre Jahreshauptversammlung ab, die von 74 Mitgliedern besucht war, viel zu wenig von einer Mitgliedschaft von 540 Köpfen. Der Vorsitzende wies in seinem Jahresbericht auf die Leistungen des Verbandes sowie der Zahlstelle hin und betonte, daß Fortschritte zu verzeichnen seien. Der Stundenlohn sei von 35 Pfg. bis auf 55 Pfg. gebracht worden; dasselbe sei prozentual im Akkord zu verzeichnen. Daß dieses ohne verbandlichen Zusammenschluß nicht möglich gewesen sei, müsse auch dem Indifferentesten einleuchten. Der Verband habe Streik-, Kranken- und Reiseunterstützung erneut eingeführt. Wenn man die finanzielle Lage Anfang des Jahres in Betracht ziehe, so seien diese Fortschritte erheblich. Die Mitgliederzahl weise dieselbe Aufwärtsbewegung auf. Dieselbe Bewegung sei in der Lokalkasse zu verzeichnen. Die Abrechnung ergibt einen Lokalkassenbestand von 545 57 Mk. Des weiteren wird vom Vorsitzenden die neue Lohnforderung bekanntgegeben, die von den Unternehmern abgelehnt und daher dem Tarifamt übergeben worden ist. Kollege Schmidt hält einen kurzen Vortrag über die „Weltliche Schule". Des weiteren werden den Koll. Michael Schulze und Bruno Böhme je 20 Mk. einmalige Unterstützung aus lokalen Mitteln bewilligt. Da die Versammlung energisch Stellung nimmt betr. Verfügung des Zentralvorstands einschließlich Beirats zur Neueinführung der Krankenunterstützung, wird eine vom Koll. Schiefner verfaßte Resolution zur Vorlesung gebracht.

Häslicht. Am 15. Januar 1925 fand im Gewerkschaftshause zu Häslicht eine Steinarbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1924. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt gab der Kassierer, Kollege Weise, die Abrechnung vom 4. Quartal 1924 bekannt. Danach bleibt ein Kassenbestand von 1531.86 Mk. Dazu die aufgewerteten Sparkassenguthaben von 1206 Mk., mithin beträgt der Kassenbestand für das nächste Quartal 2737.86 Mk. Die Einnahme der örtlichen Krankenzuschußkasse betrug 2417.29 Mk., die Ausgabe dagegen 1208.10 Mk.; bleibt ein Bestand für das nächste Quartal von 1209.17 Mk. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit beider Kassen. Zum 2. Punkt: Vorstandswahl, wurden die Kollegen Karl Schiller als Vorsitzender, Otto Sieber als Stellvertreter; Oswald Weise als Kassierer, Fritz Prenzel als Stellvertreter; als Schriftführer Kollege Fritz Prenzel und als Stellvertreter Kollege Paul Pätzhold gewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Hermann Bänsch, Julius Reich und Ernst Hielscher, als Kartelldelgierte die Kollegen Gustav Springer, Fritz Koch, Wilhelm Neimann, Alfred Hielscher, Richard Tost und Richard Neumann. Im 3. Punkt: Verschiedenes, entspann sich eine lebhafte Debatte über verschiedene örtliche Angelegenheiten. Mit der Aufforderung, daß jeder Kollege seine Pflicht erfüllen möge dem Verbande gegenüber, und die dem Verbande noch fernstehenden demselben zuzuführen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Bühlertal. Am 18. Januar 1925 hatten wir eine gutbesuchte Versammlung, was sonst in unsrer Zahlstelle nicht der Fall ist, sonst sind es meistens nur immer die alten Besucher, und die Versammlungsschwänzer brodeln hintenrum. Bei der Vorstandswahl wurde der alte wiedergewählt. Der Zahlstellenkassierer brachte seine Abrechnung vor, worauf die beiden Revisoren die Rechnung als richtig bestätigten. Dann brachte der Vorsitzende ein Schreiben vom Gauleiter zur Verlesung über den Unterschied zwischen den Stundenlöhnen vom Odenwald und Mittel- und Südbadens. Kollege Michl Jobst sprach über den Hergang der letzten Lohnverhandlungen in Achern am 13. Januar 195, wo aber nur über Sonderabmachungen von Brückenarbeit verhandelt wurde. Leider kamen nur Gewölbsteine in Betracht, weil die Unternehmer behaupten, daß sonst nichts mehr anzufertigen sei. Die ganze Verhandlung verlief mit kleinem Erfolg. Im Verschiedenen entstand eine lebhafte Debatte betreffs Krankengeld von der Hauptkasse. Es wird als großes Unrecht angesehen mit den 52 vollen Beiträgen, bis der einzelne Anspruch hat auf Krankengeld. Von vielen alten Kollegen wurde scharf bemängelt, daß ein 20 bis 30 Jahre organisiertes Verbandsmitglied nicht mehr Recht auf Krankengeld hat, als ein junger Kollege, der vielleicht 1 Jahr Mitglied ist. Beantragt wurde von den Kollegen, daß beim nächsten Zusammentritt des Verbandstages dieser Punkt abgeändert wird. Ein nettes Stücklein wurde uns noch angeführt von einem Kollegen, der früher in Varnhalt schaffte. Im Betrieb Varnhalt herrschen zur Zeit böse Betriebsverhältnisse. Der dortige Betriebsleiter drücke und drangsaliere und würde sogar handgreiflich. Leider können wir dort nicht helfen, weil die Steinarbeiter ihre eigenen Wege gehen. Es wurde beschlossen, daß sich reisende Kollegen, die nach Varnhalt oder Werksplatz Bühl wollen, sich zuvor bei dem Vorstand der Zahlstelle Bühlertal zu erkundigen haben. Zum Schlusse wurde noch ein Kollege zur nächsten Lohnverhandlung gewählt.

Grünsfeld. Am 12. Januar 1925 fand in unsrer Zahlstelle Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: Die jetzige Lohnbewegung — Wünsche und Anträge zur Bezirkskonferenz — Neuwahl des Vorstands und Verschiedenes. Bevor wir in die Tagesordnung eintraten, gab Kollege Fürter einen Rückblick über die Tätigkeit im vergangenen Jahr. Dann gab er als Lohnkommissionsmitglied einen Bericht über den Stand der jetzigen Lohnbewegung. Im 2. Punkt verlas der Vorsitzende Weiß die Einladung zur Bezirkskonferenz und stellte deren Tagesordnung zur Diskussion. Bei der Neuwahl wurde als 1. Vorsitzender Kollege Georg Barthel, als Kassierer Kollege Peter Fürter und als Schriftführer Kollege Joseph Ulzhöfer gewählt. Unter Verschiedenem wurde besonders verlangt, daß aus den Versammlungen und Budenrechten nichts an die Unternehmer und deren Poliere getragen wird, wie es leider häufig der Fall ist. Zum Schlusse wurde noch bekanntgegeben, daß in diesem Jahre das 25-jährige Jubiläum der Zahlstelle Grünsfeld gefeiert wird. Die Zahlstelle wurde im Jahre 1900 gegründet. Die Bezirksleitung wird die Vorarbeiten selbst dazu treffen.

Vorarbeiten zum Verbandstag.

Von den Zahlstellen-Abrechnungen des 4. Vierteljahrs 1924 stehen noch eine stattliche Zahl aus. Nach Ablauf einer Woche dieses Hinweises werden die Namen der rückständigen Zahlstellen veröffentlicht und nach Verlauf einer weiteren Woche wird bei Nichteinsendung der fälligen Abrechnung die Zustellung des „Steinarbeiter" an diese Zahlstellen eingestellt.

Der gedruckte Geschäftsbericht, in dem die Kassenabrechnung einen wesentlichen Teil darstellt, gehört zu den unbedingt notwendigen Vorarbeiten zum Verbandstag, deren Fertigstellung keine Verzögerung mehr verträgt.

Auch die Zahlstellenmitglieder haben sich darum zu kümmern, ob die Abrechnung an die Hauptkasse pünktlich erfolgt.

Steinsetzer und Pflasterer.

Würzburg. Am 25. Januar fand in Würzburg eine Versammlung der dortigen Pflasterer statt, die sich in erster Linie mit der Anschlußfrage der Kollegen an den Steinarbeiterverband beschäftigte. Der Geschäftsführer der Baugewerkschaft Würzburg ging auf die Entwicklung der Verschmelzungsfrage der Pflasterer in Würzburg ein, die im vorigen Jahre mit dem Ergebnis endete, daß die Pflasterer zu Anfang des vorigen Jahres sich dem Baugewerksbunde anschlossen. Wenn nun die Pflasterer von diesem Anschluß nicht befriedigt sind, so wolle er sich gegen eine Rückkehr derselben zum Steinarbeiterverband nicht wenden; sagen müsse er aber, daß der Baugewerksbund alles, was in seiner Kraft stand, für die Pflasterer getan habe. Kollege Lohse ging auf die Pflastererverhältnisse in Bayern ein, die im vorigen Jahre in allen Zahlstellen zum Zusammenschluß der Pflasterer mit dem Steinarbeiterverbande führte. Nur die Pflasterer von Würzburg fehlten in dieser Gemeinschaft. Er behandelte die Lohnbewegungen und die Arbeiten des Steinarbeiterverbandes, die von der gemeinschaftlichen Zusammenfassung der bayrischen Pflasterer getragen war. Wenn jetzt die Würzburger Kollegen wieder an die Seite ihrer bayrischen Berufsgenossen treten wollen, so begrüße er dies außerordentlich. Es zeige sich hier erneut, daß die Pflasterer auch in Zukunft dorthin streben werden, wo die Mehrheit ihrer Kollegen organisiert ist, und das ist in Deutschland der Steinarbeiterverband. Kollege Linke zeigte, wie die Verschmelzung trotz der wahnsinnigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse am Jahresende 1923 von den Steinsetzern und Pflasterern in ganz Deutschland auf Grund der Urabstimmung doch glücklich vor sich gegangen ist. Die zu dem Baugewerksbunde übergetretenen Gruppen waren eine kleine Minderheit, die den Weg an die Seite ihrer Kollegen im Laufe des vorigen Jahres schon wieder zurückgefunden haben. Es kann auch gar nicht anders sein; denn eine kleine Berufsgruppe, wie die Pflasterer, die muß vor allen Dingen auf das engste zusammengeschlossen sein, wenn sie wirtschaftlich etwas erreichen will. Die Aussprache ergab den einstimmigen Beschluß des Anschlusses der Würzburger Plasterer an den Steinarbeiterverband. Kollege Meckel hieß die Pflasterer in den Reihen der Würzburger Steinarbeiter willkommen. Es wurde die Fachgruppenleitung, bestehend aus den Kollegen Peter Schott und Johann Haupt, sowie die Lohnkommission gewählt. Kollege Hassold-Nürnberg sicherte den Würzburger Kollegen die Unterstützung und Hilfe aller bayrischen Mitglieder zu. Die Einheit der bayrischen Pflastererbewegung sei mit dem Anschluß der Würzburger Pflasterer wiederhergestellt; dies werde in Bayern große Genugtuung auslösen.

Nürnberg-Fürth. Die Pflastersektion der Zahlstelle Nürnberg-Fürth hatte für den 26. und 27. Januar Versammlungen einberufen, um zu den durch den Kraftwagenverkehr bedingten Straßenbauproblemen Stellung zu nehmen. Zu der in Fürth am 26. Januar stattgefundenen Versammlung waren die Herren des dortigen Bauamtes erschienen. In seinem, durch graphische Darstellungen unterstützten Referate behandelte Kollege Hassold die Entwickelung des Steinpflasters und unterstrich die Wirtschaftlichkeit desselben. Der zunehmende Kraftwagenverkehr werde an die ausführenden Teile des Berufes große Anforderungen stellen. Darum müssen Auftraggeber und Bauausführende und nicht zuletzt die Arbeiterschaft mit allen Kräften sich für die Qualitätsarbeit im Straßenbaugewerbe einsetzen. Kollege Linke behandelte an der Hand der dem IV. Internationalen Straßenkongreß vorgelegten Berichte die Betonstraße. Nach diesen Berichten und nach den Leitsätzen des Straßenbaukongresses von Sevilla muß man sich füglich wundern, daß die deutschen Betonstraßeninteressenten die Betonstraßen als Allheilmittel für alle Verkehrs- und Straßennöte anpreisen. Er unterstrich die Aufforderung von dem Kollegen Hassold, im Interesse der Zukunft des Berufes nur beste Arbeit zu leisten. Herr Baurat Schreier-Fürth begrüßte es außerordentlich, daß die großen Verkehrs- und Straßenprobleme in der organisierten Arbeiterschaft solche eingehende Würdigung finden. Ohne Zweifel werden an die Straße in Zukunft die größten Anforderungen gestellt werden. Ob die Betonstraße sich in Deutschland das Feld erobern wird, sei heute noch nicht erwiesen. Das Steinpflaster wird sich immer wieder behaupten, wenn sich die am Straßenbau beteiligten Kräfte der Pflege der Qualitätsarbeit widmen. Zudem sei Deutschland und insbesondere Bayern so reich an guten Gesteinen für Straßenbauzwecke, daß diese sich immer wieder behaupten werden. Zu der anderen Tages in Nürnberg stattgefundenen Versammlung waren Herr Stadtrat Kolb und die Mitglieder der Plasterinnung Nürnberg erschienen. Auch hier wurde der Pflege der Qualitätsarbeit im Pflastergewerbe das Wort geredet, zu der alle Berufsangehörigen beitragen werden. Der Gewinn dieser Versammlungen für den Beruf ist hoch zu veranschlagen. Die Kräfte sind geweckt, die die Qualitätsarbeit im Straßenbau im Rahmen des Wirtschaftsgebietes Nürnberg-Fürth beeinflussen und durchführen werden.

Eltmannshausen. In einer am 24. Januar stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Kollege Göhre über allgemein organisatorische Fragen und über die Verhandlungen eines Landestarifvertrags für Mitteldeutschland. Die Ausführungen erzeugten eine lebhafte Aussprache, und erhoben die Mitglieder gegen die Forderung der Unternehmer in Kassel, daß das Handwerksgerät von den Arbeitnehmern „vorzuhalten" sei, Protest. Der Tarifkommission sollen die nötigen Unterlagen zugestellt werden. Einstimmig war die Versammlung der Ansicht, das nunmehr das größte Gewicht auf den lückenlosen Ausbau der Organisation zu legen ist und alle Mitarbeiter, besonders die Rammer und Hilfsarbeiter Mitglied des Steinarbeiterverbandes werden müssen. Die Pflasterer selbst gehören geschlossen der Organisation an. Die zum 21. und 22. Februar angesetzte Gaukonferenz soll beschickt und im übrigen soll auf dem Fachgruppentag eine Aussprache über die Sicherung der ländlichen Zahlstellen herbeigeführt werden. Unter „Verschiedenes" mußte der Gauleiter eine große Anzahl Fragen über die Handhabung der Tarifverträge in den einzelnen Arbeitsgebieten und über sonstige die Sozialversicherung betreffende Fragen beantworten.

Germerode. Die Zahlstellen Germerode-Abterode-Hitzerode hatten zum 25. Januar eine recht gut besuchte Bezirksversammlung einberufen, zu der Gauleiter Göhre geladen war und Bericht über die Tarifverhandlungen für Mitteldeutschland erstattete. Mit der größten Aufmerksamkeit hörten sich die Kollegen die Ausführungen an und sprachen zum Schluß der Tarifkommission ihr volles Vertrauen aus. Sollte eine Verständigung nicht erzielt werden, so erklärten sich die Mitglieder zum sofortigen Kampf bereit. Die Vertreter der Zahlstelle Hitzerode forderten künftighin eine recht scharfe Bücherkontrolle, auch dürfte es nicht geduldet werden, daß Unorganisierte beschäftigt werden. Insbesondere müssen unsere Berufskollegen allerorts auf die etwa aus Hitzerode zureisenden Kollegen Ed. Kümmel, Schill, Schäfer usw. achten, da diese zwar die Errungenschaften des Steinarbeiterverbandes restlos einstecken, aber von der Beitragszahlung nichts wissen wollen. Die Bezirksversammlung war sich darüber im klaren, daß nur durch den restlosen Ausbau des Verbandes es möglich sei, für den Pflastererberuf die nötigen Erfolge zu erzielen und versprachen die Versammlungsteilnehmer, sich die Kollegen aus der Zahlstelle Hitzerode — alle anderen Pflasterer sind restlos Mitglied des Steinarbeiterverbandes —, aber auch sonstige etwa nicht organisierte Arbeitskollegen mit der entsprechenden Sorgfalt anzusehen. Die Bezirksversammlung wünschte, daß zu dem Verbandstag auch ein Kollege der kleinen und ländlichen Zahlstellen delegiert werden soll und wollen sich diese Zahlstellen auf der Gaukonferenz entsprechend einstellen. Die Steinsetzerbetriebe in Eschwege, Waldkappel, Peine usw. sollen im laufenden Geschäftsjahre mehr im Auge behalten werden, was wiederum nur möglich erscheint durch restlosen Anschluß aller Berufsgenossen an den Steinarbeiterverband.

Rundschau.

Der Bundesausschuß des ADGB. hat am 30. Januar u. a. auch zu der politischen Lage in folgender Entschließung Stellung genommen:

Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfange die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und iWrtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jeden Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft

entgegentreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kapp-Putsches bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiderbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.

Gegen die Rechtsschwenkung in der Regierungsbildung im Reich und in dem größten Staat Deutschlands — Preußen, fand im Sportpalast in Berlin am 27. Januar eine Riesendemonstration statt. Nach Zeitungsmeldungen sollen ca. 20 000 Versammlungsbesucher dort zu einer wuchtigen Kundgebung zusammengeströmt sein. Nach dem Versammlungsbeschluß überfielen kommunistische Trupps mit Messer und Schlagring Versammlungsteilnehmer. Man stelle sich vor: Arbeiter protestieren zu aber Tausenden als republikanische Staatsbürger gegen den neueren politischen Kurs, von dem doch gewiß auch die kommunistisch gesinnten Staatsangehörigen nichts Gutes zu erwarten haben; aber diese überfallen wie wilde Horden die Versammlungsteilnehmer. Warum? Das wissen diese Helden jedenfalls selbst nicht! Dieser Vorgang ist schon mehr wie geistige Verwirrung; das ist ohne jede Einschränkung politisches Banditentum, und eine Schmach für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, soweit sie noch zwischen Recht und Unrecht unterscheiden vermag. Können die Gewerkschaften diesem ruchlosen Treiben ruhig zusehen? Nein! Wir wissen, daß es eine Anzahl Mitglieder gibt, die davon im „Steinarbeiter" nichts lesen wollen, weil sie in unverständlicher Duldung und aus verkehrtem Gefühl heraus nur ihre örtlichen und betrieblichen Verhältnisse sehen. Gewiß gib es einzelne ideal gesinnte kommunistische Verbandsmitglieder, die solche Vorgänge wie bei der Berliner Demonstration entschieden verurteilen und niemals mitmachen würden, und die in der Zahlstellenarbeit durchaus mit andern in Reih' und Glied stehen. Diese brauchen sich auch durchaus nicht getroffen fühlen, wenn wir sagen, daß die Gewerkschaften von solchen Leuten, die im Sinne der Berliner Vorgänge täglich, ja stündlich wirken, weit, weit abrücken müssen. Jede Gemeinschaft mit ihnen muß aufhören, wenn man sich nicht mitschuldig machen will an dem jammervollen geistigen Verfall deutscher Arbeiter. Eines Verfalls, dessen Wirkungen leicht zu ersehen sind.

Entschädigung der Ruhrindustriellen. Aus den Beratungen im Haushalt-Ausschuß des Reichstags in der zurückliegenden Woche wurde ein unerhörter die Gemüter aufpeitschender Vorgang bekannt. Die Reichsregierung hat nämlich in aller Heimlichkeit mit den Ruhrindustriellen eine Vereinbarung getroffen, die ihnen den vollen Ersatz aller Schäden sichert, die in den beiden letzten Jahren im Ruhrgebiet entstanden sind. Die Gesamtsumme beträgt 715 Millionen Goldmark, von der bereits 655 Millionen zur Auszahlung gebracht wurden. Wer so vom Vaterland betreut wird, kann ruhig und sorgenlos schlafen! Aufgedeckt wurde diese skandalöse Sache von den Sozialdemokraten. Im Parlament selbst wird darüber wohl noch manches ernste Wort gesprochen werden müssen. Allzu viel werden die Empfänger sich daraus allerdings nicht machen, denn einmal haben sie bereits so gut wie alles weg, und dann? — Der Reichstag? — Pah! So ist schon die Stimmung; darüber brauchen wir uns kaum einer Täuschung hingeben. Und einen Wirbelwind von unten fürchten alle jene Geister nicht, denn die Proleten und ihr Anhang bringen sich, wie die vorstehende Berliner Notiz zeigt, durch die blödeste Bekämpfung um jeden politischen Einfluß.

Wenn in der Entschädigungsfrage schließlich auch das Reich eingreifen müßte, da die Belastung der Micumverträge eine gewisse Ausgleichung erforderte, trotzdem bleibt die Heimlichkeit und die einseitige Prüfung und Entschädigung zwischen Regierung und Industriellen ein unerhörter Vorgang in einem „geordneten" parlamentarischen Staatswesen. Um die geschädigten Lohn- und Gehaltsempfänger im Ruhrgebiet kümmert sich keine Regierung, sie wollte sogar die abgebauten gesetzlichen Unterstützungen für diese Staatsbürger sogar ganz fortfallen lassen, weil — kein Geld vorhanden sei. Im übrigen Deutschland haben die armen Teufel all große Opfer gebracht: alten Leuten, die durch die Inflation ihre Guthaben eingebüßt haben, kann in der Aufwertung nicht geholfen werden, weil — kein Geld vorhanden. Die Staatsarbeiter und unteren Beamten erhalten klägliche Bezüge, weil — kein Geld vorhanden. In der Sozialpolitik ist viel abgebaut und gekürzt, weil — kein Geld vorhanden. Das ist die stehende Redensart der Regierungsvertreter und nun diese scheffelweise Millionenhilfe an die Industriellen. Wirklich ist Aufpeitschenderes kaum vorgekommen. Hier wäre tatsächlich ein Steuerstreik angebracht für alle diejenigen, die mit dieser Liebesgaben-Finanz-Politik der Rechtsregierung nicht einverstanden sind. Und ein Sturm der Empörung müßte die Verantwortlichen in der Versenkung verschwinden lassen. Werden ja sehen, was sich aus der Sache entwickelt. Einige lange und kurze Reden, Resolutionen, einige Zeitungsartikel und bis zur nächsten Wahl ist alles wieder vergessen. Armes Deutschland! Merkwürdige Republik! Uneiniges Proletariat! Dem Kapitalismus ist sowohl!

Die Preisentwicklung für Weltmarktartikel von Januar bis Januar. Für sämtliche Warengruppen, für die der Lebens- und Genußmittel, der Textilrohstoffe und Textilwaren und für andre Rohstoffe und Halbfabrikate ergaben sich im abgelaufenen Jahr wesentliche Preissteigerungen, die das allgemeine Preisniveau am Anfang dieses Jahres hoch über den Stand des vorjährigen gehoben haben. Die größten Steigerungen ergaben sich in der Gruppe der Lebensmittel. Die Verteuerung des Weizens, Roggens, der Gerste, des Mehls, der Kartoffeln, die seit dem Sommer einsetzte, trägt den Hauptanteil an der Preissteigerung. Der geringe Rückgang der Weltmarktpreise für Reis, Rind- und Schweinefleisch gegenüber Januar letzten Jahres kann die Preissteigerungen der erwähnten Gruppe bei weitem nicht aufwiegen. Unter den Genußmitteln erfolgte eine wesentliche Preissteigerung für Tee und Kaffee, was aber durch den Preisrückgang des Zuckers ausgeglichen wird. In der Gruppe der Textilwaren haben die Preise für Baumwolle, Baumwollgarne und -stoffe, sowie Rohseide eine Ermäßigung (bei Baumwolle und Rohseide war diese sehr beträchtlich) erfahren. Die Preissteigerungen bei Wolle, Flachs, Hanf und Jute haben aber diese reichlich aufgewogen. Die Kohlenpreise sind Anfang des Jahres ungefähr so hoch, wie vor einem Jahr, die Preise für Holz ebenfalls. Vor kurzem waren diese Preise noch etwas unter dem vorjährigen Stand, desgleichen die Preise für Roheisen, die aber seit Dezember eine erhebliche Aufwärtsbewegung zeigen. Dagegen haben sich die Preise für andre Metalle als Eisen, für Kupfer, Zink, Zinn und insbesondere für Blei sehr wesentlich erhöht. Bezüglich der übrigen Warengruppen soll noch die Verteuerung des Leders, Petroleums, der Oele und des Gummis gegenüber dem Vorjahrstand erwähnt werden.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gau 2 und 3 (Steinsetzer). Tarifbezirk Oberschlesien. Die aufgebrachten Mittel für die soziale Wohlfahrtseinrichtung im Jahre 1924 sind als Winterunterstützung zur Auszahlung gebracht. Kollegen, die im Tarifbezirk Oberschlesien gearbeitet haben und bis jetzt ihre Wohlfahrtskarte nicht abgegeben haben, müssen diese an den Gauleiter Richard Schulze in Niederbielau Nr. 165, Kreis Görlitz, einsenden. Die darin gezeichneten Beträge werden nach Eingang der Karten per Post übersandt.

Tarifbezirk Niederschlesien. Der Tarifvertrag ist von den Arbeitgebern ordnungsgemäß gekündigt. Es haben zum Neuabschluß eines Tarifs am 27. Januar 1925 Verhandlungen in Breslau stattgefunden, die aber nach Beratung von nur wenigen Paragraphen auf den 4. März 1925 vertagt worden sind. Die Verhandlungen sollen am 4. März 1925 in Glogau fortgesetzt werden.

Nach Mitteilung des Zentralvorstandes haben die Gaue 2 und 3 (Sachsen und Schlesien) je einen Delegierten zum Verbandstage zu wählen. Vom Tarifbezirk Oberschlesien ist Steinsetzer Paul Gottwald als Delegierter aufgestellt worden. Die Filialen von Schlesien können diese Kandidatur berücksichtigen oder selbst weitere Kandidaten aufstellen.

Tarifbezirk Niederlausitz. Der Tarifvertrag ist am 30. Dezember 1924 für das Jahr 1925 wieder abgeschlossen worden. Die Löhne sind bis zum 31. März 1925 neu geregelt. Die Beiträge zur sozialen Wohlfahrtseinrichtung sind örtlich einzuziehen, aufzubewahren und als Winterunterstützung oder bei Gewährung von Ferien, wieder zur Auszahlung zu bringen. Der Beitrag beträgt zur Zeit 4 Pfg. pro Stunde, darf aber nicht mit dem Lohne zur Auszahlung kommen.

Herdecke. Das Mitgliedsbuch Nr. 61 316 auf den Namen Johann Bous, geb. am 2. 3. 1898 zu Mayen ist abhanden gekommen; ebenso in **Bochum** das Mitgliedsbuch 11 057 für Bernhard Johannsen. Vor Mißbrauch mit diesen Büchern wird gewarnt.

Peterzell. Dem Steinarbeiter Wilhelm Lamprecht hat hier in der Zahlstelle gegen Verband, Betriebsrat usw. gewühlt in nicht schöner Weise, nun hat er hier ausgespielt, natürlich seine statutarischen Pflichten zu regeln unterlassen. Es darf ihm keine neue Mitgliedskarte ausgestellt werden. **Gg. Kufner,** Vorsitzender,
Schotterwerk Villingen, Post Unterkirnach, Baden.

Sagan. Dem Steinsetzer Otto Klein darf keine neue Mitgliedskarte ausgestellt werden, sie liegt in Unordnung beim hiesigen Kassierer. Otto Schildt.

Köln. Zureisende Kollegen haben sich zur Arbeitsvermittlung an den Kollegen Knopp in Köln-Kalk, Johann-Classen-Straße 34, zu wenden. Selbständiges Zusprechen ist untersagt. Arbeitsvermittlungen finden um das Errungene festzuhalten und weiter auszubauen, nur durch den Arbeitsnachweis statt.

8. Gau. Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 2½ Uhr, findet eine Bezirkskonferenz des unteren Maintales in Miltenberg a. M. im Gasthofe zum Hopfgarten, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Lohn- und Tarifangelegenheiten. 2. Wahl der beiden Bezirksleitungen 3. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandstages und Aufstellung eines Kandidaten. 4. Verschiedenes.

Sämtliche Zahlstellen müssen auf der Konferenz vertreten sein. Die Kosten für die Delegation tragen die Zahlstellen selbst. Die Branchen sind bei der Wahl der Delegierten möglichst zu berücksichtigen. Die Gauleitung.

Adressenänderungen.

1. Gau NW.: **Kiel.** Vors.: Robert Millanowski, Klotzstr. 10. — **Verden.** Vors.: A. Funke, Hohe Leuchtstraße 14.
2. Gau: **Jauer.** Kass.: Paul Konrad, Königstraße 12. — **Forst.** Vors.: Paul Hähnel, Steinstraße 16. Kass.: Kurt Harmuth, Lange Straße 31. — **Wenig-Rackwitz.** Vors.: Wilhelm Brand, Groß-Walditz, Krs. Löwenberg. — **Waldenburg.** Vors.: Max Hoffmann, Weistein, Kr. Waldenburg, Flurstr. 14. Kass.: Joseph Reinelt, Waldenburg-Altwasser, Poststraße 6.
3. Gau: **Altenhain.** Vors.: Artur Jost, Nr. 4. Kass.: Emil Keilitz, Nr. 18.
4. Gau: **Delitzsch.** Kass.: Otto Heinemann, Querstr. 15. (In Nr. 5 war uns ein Irrtum unterlaufen.) — **Lutter.** Vors.: Konrad Blenk; Kass.: Ernst Leßmann, Ostlutter. — **Fuhrbach.** Vors.: Hieronymus Gatzemeier. — **Eisleben.** Vors.: Louis Wagner, Thorgartenstr. 5; Kass.: Johann Kubiza, Grabenstr. 56. — **Wölferbütt.** Vors.: Reinhold Arnreich, Bermbach, Post Lutter (Rhön); Kass.: Kaspar Liebergall.
5. Gau: **Kupferdreh.** Vors.: Rudolf Hasenecker, Vosmaden-Kupferdreh Nr. 76; Kass.: Richard Wittstiebe, Vosmaden-Kupferdreh Nr. 66.
7. Gau: **Fürstenzell.** Vors.: Paul Dinglreiter, Reschaln, Post Fürstenzell; Kass.: Michael Schärtl, Unter-Ißham, Post Fürstenzell. — **Flossenbürg.** Vors.: Wilhelm Hötzl; Kass.: Friedr. Bock. — **Fürsteneck.** Vors.: Richard Bildl, Haag, Post Kalteneck. — **Bischofsgrün.** Kass.: Fritz Zapf, Nr. 119 a, Dürnhieb. — **Triebendorf.** Kass.: Joseph Süß, Wiesau, Quetsch 15. — **Tröstau.** Vors.: H. Eulenloh Nr. 1; Kass.: Georg Späthling, Grötschenreuth. — **Kelheim.** Kass.: Anton Gebhardt, Herzberg, G. 106.
8. Gau: **Roth b. Nürnberg.** Vors.: Hans Vogel, Kugelbühlstraße 116, I. — **Eltmann am Main.** Vors.: Adam Keller; Kass.: Franz Barthelmeß.
9. Gau: **Langenaubach.** Vors.: Epald Kloft, Flammersbach. — **Lauterbach.** Vors.: Karl Müller, Langgasse 21; Kass.: Wilh. Otterbein, Blitzenrod bei Lauterbach (Hessen).

Neue Bücher, Zeitschriften.

Holzarbeiter-Jugendblatt. Zeitschrift für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter aller Berufe der Holzindustrie; herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband — das Blatt ist ab 1. Januar — Beginn des 12. Jahrganges — vollkommen umgestaltet und liegt in schmucker lebendiger Ausstattung uns vor. Die einzelnen Artikel behandeln das Organisatorische, Technische, Werbende und Unterhaltende, wobei gut gelungene Abbildungen das Interesse der Jugendlichen fesseln. Eine wirksame Zeitung für die Jugendlichen herauszugeben ist nicht leicht; uns dünkt, daß der Holzarbeiterverband, gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen, das Richtige in der kurzweiligen Aufmachung der vorliegenden Nr. 1 getroffen hat.

Kalkputz, Kratzputz und Syraffito, von Paul Baetz, Architekt. 24 Seiten, 7 Seiten Abbildungen, Preis 1.20 Mk.

Praktische Anleitung zum Kalkbrennen im Schachtofen, von Richard Burghardt, Ofenbau-Ingenieur und Feuerungstechniker. 27 Seiten, 8 Abbildungen. — **Beide** Schriften sind erschienen im „Kalkverlag", Berlin W 62, Kielganstraße 2.

Briefkasten.

Kamenz, Reichenbach (Schlesien). Berichte sind wieder auf zwei Seiten beschrieben! Zweite Seite wurde gekürzt.

Bühlertal. Zum Berichtschreiben bitte kleinere Bogen, sie verdecken sonst die ganze Setzmaschine.

Einige Berichte mußten zurückgestellt werden. Veröffentlichung erfolgt nach der Reihe des Eintreffens.

Adressenänderungen der örtlichen Vorstände müssen immer recht deutlich geschrieben werden. Es genügt nicht, daß der Einsender der Aenderungen weiß, wie es heißt, sondern jeder andere muß sie auf Grund der schriftlichen Mitteilung einwandfrei lesen können. Leider müssen wir es oft erraten, daher auch so mancher Fehler in den neuen Vorstandsadressen

Zeitungszustellung. Aenderungen in der überwiesenen Stückzahl müssen immer Sonnabends jeder Woche im Besitz der Versandstelle sein, sonst können sie für die folgende Ausgabe nicht mehr berücksichtigt werden. Adressenänderungen für den Empfänger sollen möglichst vermieden werden, aus welchem Grunde, wurde schon wiederholt bekanntgegeben.

Inseratenkosten. Der Steinmetz Ludwig Duschl, früher in Wimpfen, wird daran erneut erinnert.

K. in P. Verbandsplakate befinden sich Vorbereitung. Bis zur Fertigstellung werden noch einige Wochen vergehen.

Auf Anfrage mehrerer Kollegen. Wie wir erfahren konnten, wurde die Ziehung der Zwingerlotterie in Dresden auf den 22. und 23. Mai dieses Jahres verschoben. Grund dazu ist der verhältnismäßig geringe Absatz der Lose. Aus beruflichem Interesse haben eine Anzahl Steinarbeiter Lose erworben, weil aus dem Ergebnis der Lotterie der Verfall des künstlerischen Steinbauwerks (Zwinger) aufgehalten und ausgeglichen werden soll. — Ein erneuter Lose-Vertrieb findet nun statt. Wer aus beruflichen Rücksichten sich an der Sache beteiligen will, kann Lose — das Stück zu 1 Mark — vom Hauptkassierer, Kollegen L. Geist, beziehen.

Anzeigen

Berlin.

Sonntag, den 15. Februar, vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus (Großer Saal)
Jahres-Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorsitzenden und des Kassierers. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da um 12 Uhr der Saal geräumt werden muß. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. I. A.: A. Wenzel.

Montag, den 16. Februar, nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 5)
Versammlung der Alabasterbranche.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Bericht von den Reichstarifverhandlungen. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen erwartet Die Branchenleitung. I. A.: H. Engelhardt.

Nach mehr als zweijähriger Ausübung meiner Praxis in Bautzen bin ich bei den Betriebskrankenkassen der **Firma C. G. Kunath und C. Sparmann & Co. in Demitz-Thumitz** als

Augenarzt

zugelassen.

Dr. Resak, Bautzen, Wallstr. 18, I. (gegenüber Gymnasium).
Sprechzeit nur wochentags 9—½1 vorm., 3—½5 nachm. (auß. Freitagnachm.)

Kopfstein-Schläger
für sofort gesucht.
Reinh. Löhrke, Steinsetzmeister
Wolgast in Pommern.

Mehrere tüchtige
Steinmetzen
finden sofort dauernde Beschäftigung.
Hans Wieser.
Granit- und Syenitwerke,
Martinlamitz im Fichtelgeb.

Für Herstellung von Basalt-Kleinpflaster mit Hand und Maschine finden
eingerichtete Leute
dauernde Beschäftigung im Basaltwerk Scheibenberg im Erzgebirge.
Meldungen an **H. Krebs,**
Granitwerk Oberschlema i. Erzgeb.

Bücher die in keiner Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschafts-Funktionäre empfiehlt
Verlag des ADGB. Berlin S. 14
Inselstraße 6.

Zur Führung eines Granitsteinbruchs
Betriebsleiter
sofort gesucht. Reflektiert wird auf eine durchaus selbständige Kraft, welche umfassende Erfahrungen in der modernen Granitindustrie besitzt und mit Sprengungen vertraut ist.
Angebote, Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter **R.50** an die Schriftleitung des „Steinarbeiter".

Gesucht per sofort
6 tüchtige Granitsteinhauer für Reinarbeit
Unterkunft vorhanden. Stundenlohn z. Zt. 0.80 Mk. (Tarif) dauernde Beschäftigung
Schwarzwald Granit- u. Sandsteinwerke Tiefenstein G. m. b. H.
Geschäftsstelle Säckingen a. Rh. (Baden).

Mehrere Steinbrecher, Pflastersteinmacher und Steinmetzen
bei Tariflohn und dauernder Beschäftigung werden eingestellt bei
Wilhelm Salzers Granitwerke, Aue im Erzgebirge, Ernst-Papst-Straße 38, I.

Steinarbeiter-Hosen
in nur allerbesten Qualitäten in Manchester, Leder weiß u. schwarz und Pilot liefert **nach Maß**
Fritz Müller, Niederoderwitz i. Sa.
Sammelbestellungen Rabatt.

Arbeitshosen
liefert an Zahlstellen, welche die Gewähr für pünktliche Zahlungen übernehmen, in zwei- bis dreiwöchentlichen Raten. Lieferung franko. Verlangen Sie Angebot.
W. Hübner, Kleiderfabrik, Niederoderwitz i. S.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden

In **Häslicht** am 15. Januar der Pflastersteinmacher Gustav **Menzel,** 49 Jahre alt, lungenkrank.

In **Kottbus** am 16. Januar der Steinsetzer Artur **Knobel,** 27 Jahre alt, lungenkrank.

In **Hanzenberg** am 22 Januar der Granitsteinmetz Joh. **Leitner,** 52 Jahre alt, Kropfoperation.

In **Hannover** am 16 Januar der Sandsteinmetz Ludw. **Rudolph,** 62 Jahre alt, Herzschlag.

In **Schwarzenbach** a. S. am 13. Januar der Granitsteinmetz Erhard **Geimeier,** 78 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Wölferbütt** am 20. Januar der Steinrichter Konrad **Schwan,** 48 Jahre alt, Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.